

**Die Türkei und der Nahe Osten im Fokus nuklearstrategischer
Bemühungen und nuklearer Abrüstung**

Hakan Akbulut

Arbeitspapier 77 / September 2014

Zusammenfassung

Diese Arbeit beleuchtet die Eckpunkte der türkischen „Nuklearpolitik“ vor dem Hintergrund der globalen und regionalen Bemühungen zur nuklearen Abrüstung. In diesem Rahmen werden u.a. der Stand und die Perspektiven der Bemühungen zur Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten sowie zur Beilegung des Nukleardisputs mit dem Iran erhoben und diesbezügliche türkische Positionen herausgearbeitet.

Keywords

Türkei, nukleare Waffen, Iran, Abrüstung, Abschreckung, Naher Osten

Autor

Mag. Hakan Akbulut ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiip. Seine Arbeitsschwerpunkte bilden die türkische Außen- und Sicherheitspolitik, nukleare Non-Proliferation und Abrüstung sowie der Zypernkonflikt. Hakan Akbulut absolviert derzeit ein Doktoratsstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Die Türkei und Nuklearwaffen – eine zwiespältige Angelegenheit	6
Die Türkei, MVWFZ Naher Osten, und der Iran	10
MVWFZ Naher Osten	13
Der Nukleardisput mit dem Iran	17
Conclusio	21
Literatur	23

Einleitung

It must be admitted first that all estimations and evaluations which in a way legitimize WMDs [Weapons of Mass Destruction, Anm. des Verfassers] are all wrong and incomplete. Ownership of WMDs has nothing to do with security and international law. The experiences that humanity had last century demonstrated to us all that having WMDs did not provide security for any country, but on the contrary, it entailed further instabilities and problems. These bitter experiences of the past and the existence of regimes which would not avoid wielding such weapons should be an indication for us all as to what huge costs this issue could cause in human terms. Therefore, if we are to leave a more secure, more peaceful, more stable and more prosperous future to the next generations, we must resolutely protect the perspective of a world free from WMDs. This should not be regarded as running after a dream. Eliminating such a risk concerning all of us is a responsibility falling on our shoulders, for future generations and all of humanity (Presidency of Turkey 2013).

Dieser Auszug entstammt der Eröffnungsrede vom ehemaligen türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül auf der 60. *Pugwash Conference on Science and World Affairs*, die im November 2013 in Istanbul abgehalten wurde. Gül bezeichnet darin den Besitz von Massenvernichtungswaffen (MVW) nicht nur als illegal und illegitim, sondern als gleichermaßen nutzlos. In puncto Sicherheit würden sie keinen Mehrwert darstellen, verursachten Probleme und müssten vernichtet werden. All dies gibt die Grundzüge der türkischen „Nuklearpolitik“ wieder. Schließlich besitzt die Türkei keine MVW, ist Vertragspartei aller relevanten Regelwerke und Mechanismen, und unterstützt das Ziel einer nuklearen Abrüstung sowie der Nonproliferation im Allgemeinen und die Errichtung einer von allen MVW und ihren Trägersystemen freien Zone (MVWFZ) im Nahen Osten im Konkreten. Was jedoch in der Rede keine Erwähnung findet ist der Umstand, dass die sog. erweiterte nukleare Abschreckung (*extended nuclear deterrence* im Englischen) seit Dekaden ein grundsätzliches Element in der türkischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellt. Wenngleich das Land selbst keine Nuklearwaffen besitzt, so „genießt“ es als NATO-Mitgliedsland die nukleare Sicherheitsgarantie der Allianz, die natürlich in erster Linie auf den nuklearen Fähigkeiten der USA, aber auch Großbritanniens und Frankreichs aufbaut. Die türkische Haltung in Nuklearfragen weist in diesem Sinne gewisse Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten auf. Diese Diskrepanzen gilt es in Folgendem näher darzulegen und hierbei einen Überblick über die Eckpunkte der türkischen Nuklearpolitik zu

geben. In diesem Rahmen sollen u.a. der Stand und die Perspektiven der Bemühungen zur Errichtung einer MVWFZ im Nahen Osten sowie zur Beilegung des Nukleardisputs mit dem Iran erhoben und diesbezügliche türkische Positionen beleuchtet werden.

Die Türkei und Nuklearwaffen – eine zwiespältige Angelegenheit

Wie eingangs festgehalten ist die Türkei allen Regelwerken und Mechanismen des Nonproliferationsregimes beigetreten. So ist das Land Vertragspartei des Vertrages über die Nichtverbreitung von *Kernwaffen* (*Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*, NPT), des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (*Comprehensive Nuclear-Test-Ban-Treaty*, CTBT)¹ und hat ein Abkommen über umfassende Sicherheitskontrollen (*Comprehensive Safeguards Agreement*, CSA) mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) abgeschlossen und das Zusatzprotokoll hierzu, das den Inspektoren der Behörde mehr Rechte und Möglichkeiten einräumt, angenommen. Zudem ist das Land in den Exportkontrollgremien wie *Nuclear Suppliers Group* (NSG) oder *Missile Technology Control Regime* (MTRCR) vertreten. Die Verabschiedung eines Vertragstextes, der die Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke verbieten soll, wird unterstützt. Es ist auch Teil der *Non-Proliferation and Disarmament Initiative* (NPTDI), eine Gruppe von zwölf Ländern² aus unterschiedlichen Regionen der Welt, die auf ministerieller Ebene das Ziel verfolgt, „to take forward the consensus outcomes of the 2010 NPT Review Conference and jointly to advance the nuclear disarmament and non-proliferation agendas as mutually reinforcing processes“ (NPTDI 2010).

Dieses Bekenntnis zur Nonproliferation und Abrüstung ändert jedoch nichts daran, dass die Türkei als Nichtnuklearwaffenstaat (NNWS) im Sinne des NPT seit Jahrzehnten vom nuklearen Abschreckungsdispositiv der NATO profitiert. Dies erfolgt nicht nur in Form von entsprechenden Planungen oder Teilnahme an relevanten Übungen, sondern auch durch die Stationierung von Nuklearwaffen auf türkischem Territorium. Die ersten Systeme – die Jupiterraketen – wurden bereits in den frühen 1960er Jahren in der Türkei installiert, sollten jedoch während der Kubakrise 1962 zum Gegenstand eines Kuhhandels zwischen den USA und der Sowjetunion werden (siehe Kibaroglu 2014, 20). Im Gegenzug zum Abzug von sowjetischen Raketen aus Kuba erklärten sich die USA bereit, die

¹ CTBT ist noch nicht in Kraft getreten.

² Australien, Chile, Deutschland, Japan, Kanada, Mexiko, Nigeria, die Niederlande, die Philippinen, Polen, die Türkei, und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Jupiterraketen aus der Türkei abzuziehen, ohne ihre türkischen Bündnispartner zuvor konsultiert oder hiervon in Kenntnis gesetzt zu haben, was für Verstimmung in Ankara sorgte. Die nukleare Zusicherung (*nuclear assurance*) sollte nun vorerst über Unterseebote, die nukleare Waffen an Bord hatten und regelmäßig türkische Häfen anlaufen sollten, untermauert werden. Bereits in den 1960er Jahren wurden jedoch substrategische Nuklearwaffen in der Türkei stationiert, darunter Minen, Artilleriegeschosse, aber in erster Linie Gravitationsbomben mit der Bezeichnung B-61. Diese lagerten bis 1995 an drei unterschiedlichen Standorten, im Konkreten auf Militärbasen in Ankara, Balıkesir sowie in İncirlik. Während die anderen Nuklearwaffen und ein Teil der B-61 abgezogen wurden, wird davon ausgegangen, dass noch etwa 60 bis 70³ Stück auf einem Luftwaffenstützpunkt in İncirlik stationiert sind (Norris/Kristensen 2011, 69-79).

Ursprünglich sollte ein Teil der B-61 nach Autorisierung der USA durch die türkischen Luftstreitkräfte eingesetzt werden können. Hierfür standen adaptierte Versionen des Fighters F-104, F-4 und F-16, also sog. *dual capable aircraft* (DCA), zur Verfügung (siehe Kibaroglu 2014, 25). Obwohl diese Waffen immer noch in der Türkei gelagert werden, wird angenommen, dass heute keine Flugzeuge der türkischen Luftwaffe für den Einsatz von Nuklearwaffen zertifiziert sind (siehe auch Ülgen 2013). Sie spielen lediglich eine unterstützende Rolle und sollen Flugzeuge, die nukleare Waffen an Bord haben, eskortieren und ihren Schutz gewährleisten. Hinzu kommt, dass auch die USA keine DCAs unmittelbar in İncirlik stationiert haben. Somit wird davon ausgegangen, dass im Ernstfall für entsprechende Missionen entworfene und lizenzierte US-Maschinen oder DCAs von europäischen Verbündeten zuerst nach İncirlik verlegt werden müssten, um die B-61 aufzuladen und zu ihrem Einsatzort zu verbringen.

Dies kann wohl genauso als eine Manifestation der ambivalenten Haltung der Türkei in der Frage von Nuklearwaffen interpretiert werden. Schließlich kann angenommen werden, dass der Umstand, dass Waffen ohne entsprechende Trägersysteme stationiert sind, die Abschreckungswirkung dieser unterminiert. Zugespielt wird diese Ambivalenz dadurch, dass sich die Türkei in der Frage der Rückführung dieser Waffen in die USA bis dato eher verdeckt gegeben hat und zumindest nicht wie andere Länder wie Deutschland, Belgien, oder die Niederlande öffentlich für einen Abzug appelliert hat. Hierfür dürften drei Gründe ausschlaggebend sein (siehe auch Ülgen 2013): Zum einen werden diese Waffen als ein Ausdruck des transatlantischen *Links* und als eine Untermauerung der US-

³ Nachdem zu den Lagerungsorten von diesen Waffen und ihrer Anzahl keine offiziellen Angaben gemacht werden, variieren die Schätzungen darüber, wie viele substrategische Waffen in İncirlik tatsächlich lagern. Ülgen (2013) geht beispielsweise von 60 bis 90 Waffen aus.

Zusage, im Notfall zur Hilfe von Verbündeten zu eilen, angesehen. Ihre Präsenz soll also dazu beitragen, im Ernstfall eine tatsächliche Intervention der Allianzpartner zu stimulieren. In diesem Sinne geht es auch um ein faires „risk and burden sharing“ im Rahmen der Allianz. Zum anderen kommt hinzu, dass Russland über ein großes Arsenal an diesen substrategischen Nuklearwaffen verfügt, und aus türkischer Sicht eine Abrüstung in dieser Kategorie nur dann erfolgen sollte, wenn sich auch Russland⁴ bereit erklärt abzurüsten. Darüber hinaus wird auch angenommen, wenngleich es die türkischen EntscheidungsträgerInnen nicht offen aussprechen, dass diese Waffen eine Absicherung im Falle einer militärischen Nuklearisierung des Irans darstellen würden und die Türkei deshalb eine Lösung des Nukleardisputs mit dem Iran abwarten möchte, bevor die Allianz über den Abzug dieser Waffen entscheidet. Insgesamt gilt jedoch, dass die türkische Position darin besteht, einen Abzug nicht zu blockieren oder sich nicht quer zu legen, sollte sich im Rahmen der Allianz ein solcher Konsens herauskristallisieren.⁵

Ein Konsens im Sinne eines Abzugs dieser substrategischen Nuklearwaffen ist zumindest kurzfristig mehr als unwahrscheinlich. Die NATO hat ihr Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv einer Überprüfung (*Deterrence and Defence Posture Review, DDPR*) unterzogen und in diesem Rahmen auch die Rolle der Nuklearwaffen bewertet. In puncto substrategischer Nuklearwaffen wurde festgehalten, dass eine Reduktion der Abhängigkeit von nicht-strategischen Nuklearwaffen in Zusammenhang mit reziproken Schritten Russlands und unter der Berücksichtigung des Umstandes, dass Russland über ein größeres Arsenal an diesen Waffen verfüge, möglich sei (NATO 2012).⁶ Darüber hinaus hat sich die Allianz darauf festgelegt, solange an nuklearen Waffen festzuhalten und eine „nukleare Allianz“ zu bleiben, solange es diese Waffen gibt, wenngleich auch das grundsätzliche Bekenntnis zu einer nuklearwaffenfreien Welt erneuert, und bekräftigt wurde, im Einklang mit dem

⁴ Während Russlands Arsenal an substrategischen Nuklearwaffen auf mehr als 2000 Sprengköpfe geschätzt wird, gilt zu berücksichtigen, dass Russland keine Waffen dieser Gattung auf ausländischem Boden stationiert hält.

⁵ Befürworter eines Verbleibs der substrategischen Nuklearwaffen sind in erster Linie auch die zentral- und osteuropäischen Staaten, die darin (auch vor der Ukraine-Krise) eine Absicherung gegen Russland sahen/sehen (Binnendijk/McArdle Kelleher 2011, 110). Auch Frankreich möchte am Status quo festhalten und verhindern, dass sein eigenes Nukleararsenal zur Disposition gestellt wird (Seay E. 2012).

⁶ Angesichts der Krise in der Ukraine ist wohl mit Abrüstungsgesprächen mit Russland in der nächsten Zukunft nicht zu rechnen. Dass die NATO in solch einem Kontext den Abzug dieser Waffen – ungeachtet der Frage, welchen militärischen Mehrwert sie darstellen – aus Europa beschließt, ist wohl genauso unwahrscheinlich. So halten auch Sokov und Pomper in einem Kommentar in *The National Interest* (4. September 2014) fest, dass “[t]he NATO summit in Wales September 4-5 will hardly change the alliance’s nuclear policy and posture, but the debate about withdrawal of US tactical nuclear weapons (TNW) from Europe, which has dominated the scene for more than five years, can be considered effectively over. During the next year – until the next summit – the debate will evolve in the opposite direction: some members of the alliance will insist on increasing reliance on nuclear weapons while others will defend the status quo”.

NPT auf eine Erfüllung der Voraussetzungen für die Realisierung dieses Ziels hinarbeiten (ebd.). Solange es nukleare Waffen gibt, soll sichergestellt werden, dass alle Komponenten des nuklearen NATO-Abschreckungsdispositivs sicher und effektiv funktionieren. Hiervon betroffen sind naturgemäß auch die substrategischen Waffen.

Ein entsprechendes Modernisierungsprogramm für die unterschiedlichen Typen des B-61 war von den USA bereits zuvor beschlossen worden. So sollen die B-61 u.a. mit Lenksystemen ausgestattet werden, um dadurch ihre Treffsicherheit zu erhöhen (Albuquerque Journal, 18. Mai 2014; Seay T. 2012, 3). Die Kosten hierfür sollen sich auf \$8,2 Mrd. bis \$ 10.4 belaufen (Global Security Newswire, 30. Oktober 2013). Darüber hinaus besteht das Problem, dass die DCAs jener Länder, in denen US-Nuklearwaffen lagern, ihre Lebensdauer im Laufe der nächsten Dekade erschöpft haben werden. Diese Länder werden deshalb eine Entscheidung darüber fällen müssen, ob sie Ersatz anschaffen, Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensdauer der jetzigen DCA ergreifen, oder in Zukunft keine DCAs mehr unterhalten möchten.⁷ Die Türkei hat angekündigt, 100 Stück des Kampflugzeugs der neuen Generation F-35 kaufen zu wollen. Ob die türkischen Anschaffungspläne jedoch auch Maschinen umfassen, die mit Nuklearwaffen beladen werden könnten, bleibt vorerst ungewiss. Angesichts des Umstandes, dass bereits heute keine türkischen Flugzeuge für Einsätze mit Nuklearwaffen zertifiziert sind, und es unklar bleibt, ob die anderen Staaten ihre DCAs mit neuem Fluggerät ersetzen werden, ist davon auszugehen, dass die Türkei vorerst keine Bestellung für DCAs tätigen wird. Im Endeffekt könnte sogar die fehlende Bereitschaft auf Seiten von europäischen Verbündeten, zusätzliches Geld für die Anschaffung von neuen DCAs oder für „lebensverlängernde“ Maßnahmen auszugeben, dazu führen, dass die Allianz früher als geplant einen Entschluss zur Rückführung dieser Waffen in die USA fällt (Seay E. 2013, 6-7).⁸ Da jedoch davon ausgegangen wird, dass die heutigen DCAs noch bis ca. Mitte 2020 im Dienst bleiben können, ist auch mit einer solchen Entscheidung zumindest nicht kurzfristig zu rechnen.

⁷ Eine andere Option ist, Maßnahmen zu ergreifen, damit die B-61-12 weitestgehend unabhängig vom Maschinentyp eingesetzt werden kann und somit auch für „konventionelle“ Einsätze vorgesehene Flugzeuge diese Missionen fliegen können (Seay T. 2012, 6).

⁸ Der militärische Nutzen dieser Waffen wird ohnehin in Frage gestellt. Ülgen (2013) merkt an, dass sogar an militärischen Planungen innerhalb der NATO beteiligte Personen festhalten, dass sie keine Szenarien antizipieren, in denen diese Waffen zum Einsatz kommen könnten. Seay T. (2012, 5) verweist jedoch darauf, dass eine Modernisierung der B-61, was der Treffgenauigkeit zugutekommen würde, in Kombination mit einem Tarnkappenflugzeug wie F-35 dazu führen könnte, dass diese substrategischen Waffen erneut an militärischer Bedeutung gewinnen. Dies würde aber die Abrüstungsbemühungen konterkarieren, weshalb er einen Beschluss innerhalb der Allianz über den Abzug dieser Waffen als die bessere Option bezeichnet.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die türkische Haltung in Nuklearfragen im Einklang mit den Positionen der NATO ist und die gleichen Ambivalenzen aufzeigt. Einerseits wird das Ziel der umfassenden nuklearen Abrüstung unterstützt. Andererseits werden aber gleichzeitig unilaterale Schritte abgelehnt und eigene Maßnahmen in dieser Richtung von den Politiken anderer Akteure abhängig gemacht. Der Umstand, dass hier ein gewisser Widerspruch besteht, da Nuklearwaffen auf der einen Seite abgelehnt werden, während das Land auf der anderen Seite auf nukleare Abschreckung und nukleare Teilhabe (*nuclear sharing*) setzt, wird mit einem Verweis auf die Verpflichtungen und Notwendigkeiten, die aus der Mitgliedschaft in einer nuklearen Allianz resultierten, begründet. Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass die Türkei als NNWS im Sinne des NPT (genauso wie andere NATO-Staaten mit einem NNWS-Status) auch in den kommenden Jahrzehnten vom nuklearen Abschreckungsdispositiv der Allianz „profitieren“ wird.

Die Türkei, MVWFZ Naher Osten, und der Iran

Abdullah Gül hat in seiner genannten Rede auch die Haltung der Türkei in Bezug auf die Gefahr einer Proliferation von Nuklearwaffen im Nahen Osten sowie die Bestrebungen, eine MVWFZ in der Region zu etablieren, skizziert. So hielt er fest, sein Land sei gegen “all sorts of WMDs in our geography and supports the destruction of the existing ones. We believe that having such weapons and efforts to develop new ones will lead to a race in the region, thus posing a threat to international peace and security” (Presidency of Turkey 2013). Die Türkei unterstützt in diesem Sinne die Errichtung einer MVWFZ im Nahen Osten, wobei Gül anmerkte, dass er “[has] [...] long reiterated the need for a new OSCE-like security architecture which will provide for stripping the Middle East of WMDs including nuclear weapons” (ebd.).

Mit dem Verweis darauf, dass die bestehenden sowie potentielle künftige Arsenale eine Kettenreaktion in der Region auslösen könnten, schlug Gül in dieselbe Kerbe wie viele andere aus Politik, Medien und der Forschung vor ihm, allen voran US-Präsident Barack Obama. In seiner Prag-Rede vom April 2009 warnte er den Iran vor einem nuklearen Wettrüsten in der Region für den Fall, dass das Land Nuklearwaffen baut, was somit mehr Unsicherheit für alle mit sich bringen würde (White House 2009). Was aus türkischer Sicht nicht besonders erfreulich sein dürfte ist der Umstand, dass neben Ländern wie Saudi Arabien oder Ägypten auch die Türkei von vielen als ein potentieller

Kandidat, der sich an solch einem Wettrüsten beteiligen könnte, gehandelt wird.⁹ Steven A. Cook, der zwar die genannten Länder nicht als Kandidaten für weitere Proliferation einstuft, hält fest, dass „[o]f all three states [...] mentioned, the one on virtually everyone's list for possible nuclear proliferation in response to Iran is Turkey“ (Cook 2012). Dadurch werden die Pläne und Vorhaben des Landes, die Kernkraft zur Energiegewinnung heranzuziehen und die hierfür notwendige Infrastruktur zu schaffen, zusehends im Kontext der nuklearen Nonproliferation diskutiert und bewertet.

Die offenen Fragen über den Charakter und die Ziele des iranischen Nuklearprogramms lassen also auch die Nuklearprogramme von anderen Ländern in der Region „im schiefen Licht“ erscheinen. So wie auch im Falle des Iran, wird hier ebenfalls die Frage gestellt, ob es den Ländern lediglich um die Energiegewinnung geht oder ob genauso andere Motive im Spiel sein könnten; im Klartext, ob das zivile Nuklearprogramm einen Deckmantel oder die Grundlage für parallele oder künftige Bestrebungen zur Herstellung von Nuklearwaffen darstellen könnte. Der Faktor Iran, der hier eben als möglicher Auslöser von Bestrebungen zur Nuklearisierung verstanden wird, fungiert allerdings als ein zusätzliches Indiz, das zur Erhärtung eines bereits bestehenden Verdachts beiträgt. Denn es lässt sich eine Art „Generalverdacht“ gegenüber neuen nuklearen Aspiranten in Regionen wie dem Nahen Osten oder Ostasien konstatieren. Solche Länder könnten zumindest geneigt sein, die notwendigen Kapazitäten und Fähigkeiten zum Bau von Nuklearwaffen zu erwerben, um für alle Eventualitäten in der Zukunft gewappnet zu sein und sich diese Option offen zu halten (wird als *nuclear hedging* bezeichnet), lautet die dem zugrunde liegende Logik.

In der Türkei wurden die Pläne und Bestrebungen zur Nutzung von Kernenergie unter der AKP-Regierung wiederbelebt, wobei diesmal auch tatsächlich Verträge zum Bau von Kernkraftwerken (mit Russland auf der einen und Japan auf der anderen Seite) unterzeichnet wurden. Bis zum Jahr 2023 sollen 10% des Energiebedarfs mit Strom aus Kernkraftwerken gedeckt werden (IAEO 2013; HDN, 15 November 2013). Beschlossen ist vorerst der Bau von zwei Kernkraftwerken (KKW) mit jeweils vier Reaktoren mit einer Gesamtleistung von 4800 MW in der Provinz Mersin (an der Mittelmeerküste) und 4400 MW in der Provinz Sinop (an der Schwarzmeerküste gelegen). Wo das dritte KKW stehen und vor allem, von wem es gebaut werden soll, bleibt vorerst offen. Die Ankündigung des türkischen Energieministers Taner Yıldız, dass das dritte KKW zu 60% aus türkischer Produktion sein sollte, erscheint zumindest kurzfristig als eine ambitionierte Zielsetzung, die schwer zu realisieren sein wird,

⁹ Zu den möglichen regionalen Konsequenzen eines iranischen Nuklearwaffenarsenals siehe z.B. Akbulut 2011; Bowman 2008, Sokolski/Clawson 2005; Bahgat 2008; Müller 2008.

untermauert aber das türkische Interesse daran, früher oder später über entsprechende Fähigkeiten und Kapazitäten zu verfügen. Auch der Erwerb von sensiblen Technologien zur Brennstoffproduktion wie Urananreicherung wird von türkischen EntscheidungsträgerInnen nicht ausgeschlossen, wenngleich hierfür keine konkreten Pläne vorliegen. Das Modell der Vereinigten Arabischen Emirate, das auf die künftige Aneignung von Technologien zur Anreicherung und Wiederaufbereitung, die auch im Kontext eines Waffenprogramms relevant wären, vertraglich verzichtet hat, erscheint aus türkischer Perspektive weniger attraktiv. Eine Einschränkung der im NPT verbrieften Rechte zur Nutzung von Nukleartechnologie für friedliche Zwecke lehnt das Land prinzipiell ab, jedoch mit dem Zusatz, dass eine Voraussetzung für die Nutzung dieser Rechte auch die Akzeptanz und Umsetzung von Verpflichtungen aus demselben Vertragstext – so z. B. die Akzeptanz der Sicherheitskontrollen der IAEO – sei.

Als ein Land, das wie zuvor festgestellt, alle im Kontext der Nonproliferation relevanten Verträge unterschrieben hat und darüber hinaus auch freiwillige Komponenten wie das Zusatzprotokoll (Additional Protocol) implementiert, sorgen die Diskussionen darüber, ob die Türkei künftig auch ein Waffenprogramm verfolgen könnte, bei türkischen Diplomaten ohnehin für Kopfschütteln. Diese verweisen auch auf die bestehenden Garantien der NATO und bezeichnen ein solches Unterfangen als undenkbar (u.a. Interview 2013). Eine Diskussion darüber, ob überhaupt und unter welchen Umständen die Türkei die Aneignung von Nuklearwaffen anstreben könnte, wird hier nicht bezweckt. Es wird lediglich zu bedenken gegeben, dass wenn die Türkei auch langfristig alle Kapazitäten und Fähigkeiten zum Bau einer Nuklearwaffe erlangen sollte, dadurch lediglich eine notwendige Komponente in der Gleichung zum Erwerb eines Nuklearwaffenarsenals erfüllt wäre, nämlich jene der technischen Machbarkeit. Die Frage der Motivation bzw. des Wollens wäre jedoch nach wie vor zu beantworten; d.h. wenngleich die Türkei die technischen Voraussetzungen für den Bau einer Nuklearbombe und entsprechender Trägersysteme in den kommenden Dekaden erfüllen und somit an der nuklearen Schwelle anlangen sollte, so muss dies nicht bedeuten, dass das Land diese Schwelle in einem nächsten Schritt überschreitet. Wie es auch andere Beispiele zeigen (siehe z.B. Japan), kann also kein Automatismus angenommen werden.

Wird anstelle der Zukunft auf die Gegenwart und die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten fokussiert, so sind im Hinblick auf die Zielsetzungen dieses Papiers vor allem der Stand der Bemühungen um die Etablierung einer MVWFZ im Nahen Osten sowie der Status der Verhandlungen im Nukleardisput mit dem Iran von Bedeutung. Entwicklungen in beiden Fragen berühren schließlich

auch die Sicherheitsinteressen der Türkei und spielen bei der Formulierung der türkischen Nuklearpolitik eine entsprechende Rolle.

MVWFZ Naher Osten

Das Ziel, eine MVWFZ im Nahen Osten zu errichten, wurde von der Türkei – wenig überraschend – von Beginn an unterstützt.¹⁰ Während der Vorschlag, eine nuklearwaffenfreie Zone (NWFZ) im Nahen Osten zu etablieren 1974 vom iranischen Schah Reza Pahlavi kam, wurde das Konzept auf Initiative des ehemaligen ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak Anfang der 1990er auf alle Arten von Massenvernichtungswaffen erweitert (siehe dazu Khalil 2013, 27). Die Realisierung dieses Projekts bleibt jedoch auch nach 40 Jahren eine ferne Zukunftsvision denn ein greifbares Ziel.

Als auf der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 beschlossen wurde, dass 2012 eine Konferenz über die Errichtung einer MVWFZ im Nahen Osten auf der Grundlage der 1995 verabschiedeten *Resolution on the Middle East* (RoME) abgehalten werden sollte, an der alle Staaten der Region teilnehmen sollten, kam zunächst Hoffnung auf, dass endlich auch praktische Schritte gesetzt werden könnten. Die RoME war 1995 auf der NPT-Überprüfungskonferenz angenommen worden und stellte eine der Voraussetzungen dafür dar, dass der NPT ohne ein Votum auf unbestimmte Zeit verlängert werden konnte. Hierin war das Ziel einer MVWFZ erneut bestätigt und alle Staaten der Region aufgefordert worden, dem NPT beizutreten und umfassende Sicherheitskontrollen der IAEA zuzulassen (der Adressat war also Israel, das dem NPT nicht beigetreten ist und über Nuklearwaffen verfügt). Zudem wurden alle Staaten der Region aufgerufen „to take practical steps in appropriate forums aimed at making progress towards, inter alia, the establishment of an effectively verifiable Middle East zone free of weapons of mass destruction, nuclear, chemical and biological, and their delivery systems, and to refrain from taking any measures that preclude the achievement of this objective“ (UNO 1995). Alle anderen NPT-Staaten sollten diesen Prozess unterstützen und zu diesem Zweck mit den Ländern der Region kooperieren. Im Endeffekt wurden auch nach Annahme dieser Resolution keine Schritte zur Umsetzung unternommen. So erweckte die Übereinkunft 2010 im NPT-Rahmen, eine Konferenz zu organisieren, die Hoffnung auf erste greifbare Maßnahmen zur Umsetzung dieses ehrgeizigen Vorhabens. Von Bedeutung war auch, dass der UN-Generalsekretär und die Sponsoren der RoME einen Fazilitator bestimmen sollten, der den Auftrag haben würde, in Konsultation mit den

¹⁰ Im Gegensatz hierzu stand die Türkei während des Kalten Krieges dem Vorschlag, eine nuklearwaffenfreie Zone (NWFZ) auf dem Balkan zu errichten, aufgrund der konventionellen Übermacht des Warschauer Paktes ablehnend gegenüber (vgl. Kibaroglu 2005, 446).

Staaten der Region die Umsetzung der RoME zu unterstützen, die für 2012 angesetzte Konferenz vorzubereiten, und bei der Implementierung von auf dieser Konferenz zu beschließenden Folgemaßnahmen unterstützend zur Seite zu stehen (siehe UNO 2010). Diese Aufgabe erhielt später der Staatssekretär im finnischen Außenministerium, Jaakko Laajava, und Finnland erklärte sich bereit, die besagte Konferenz auszurichten.

Dezember 2012 wurde als Austragungszeitpunkt anvisiert. Im November 2012 wurde allerdings bekannt, dass die Konferenz nicht stattfinden wird. Alle Länder der Region bis auf Israel¹¹, so auch der Iran im November 2012, hatten ihre Teilnahme zugesagt. Ohne die Teilnahme aller Staaten der Region konnte die Konferenz jedoch nicht abgehalten werden (siehe dazu Mukhatzhanova 2014). Die Konsultationen, die der Fazilitator mit den Ländern der Region führte, gingen jedoch weiter. Die VertreterInnen von Ländern aus der Region trafen sich in Gilon (in der Schweiz) zu informellen Gesprächen und diskutierten über „the rules of procedure, agenda, and the dates for the Middle East conference, voiced their concerns, and started to address potential outcomes and next steps to be adopted“ (Mukhatzhanova 2014, 89). Israel nahm an diesen Treffen teil, während sich der Iran lediglich an der ersten Runde beteiligte. Iran bekräftigte jedoch, dass man weiterhin bereit sei, an einer Konferenz über die Errichtung einer MVWFZ im Nahen Osten teilzunehmen.

Auch knapp zwei Jahre nach dem anberaumten Termin bleibt jedoch unklar, ob und wann die Konferenz stattfinden wird.¹² Nachdem die Annahme der RoME sowie die Einigung darüber, 2012 eine Konferenz abzuhalten, wie zuvor festgehalten, Voraussetzungen für die Verlängerung des NPT sowie für die einhellige Annahme des Schlussdokumentes der Überprüfungskonferenz 2010 darstellten, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Nichtabhaltung der Konferenz entsprechend auf die Kooperations- und Kompromissbereitschaft der arabischen Staaten auf der Überprüfungskonferenz im nächsten Jahr (2015) auswirken wird (siehe dazu auch Malin/Miller 2013,

¹¹ Nachdem Israel keine Vertragspartei des NPT ist und auf den Überprüfungskonferenzen nicht vertreten ist, sieht sich das Land auch an die hier getroffenen Beschlüsse nicht gebunden. In einer Erklärung hielt die israelische Regierung nach Annahme des Schlussdokumentes der Überprüfungskonferenz 2010 fest, dass "[a]s a non-signatory state of the NPT, Israel is not obligated by the decisions of this conference, which has no authority over Israel," und fügte hinzu, dass „[g]iven the distorted nature of this resolution, Israel will not be able to take part in its implementation“ (Reuters, 29. Mai 2014).

¹² In der Zwischenzeit wurde der Nahe Osten erneut zum Schauplatz des Einsatzes von Chemiewaffen. In einem UN-Bericht wurde bestätigt, dass chemische Waffen im syrischen Bürgerkrieg „in relativ großem Umfang“ gegen Zivilisten, darunter auch Kinder, eingesetzt wurden“ (UNRIC 2013). Sofern das Attribut „positiv“ in solch einem schrecklichen Kontext überhaupt verwendet werden kann, ist der Umstand, dass Syrien seit Oktober 2013 Vertragspartei der Chemiewaffenkonvention ist und bis September 2014 96% (OPCW – UN Joint Mission 2014) der deklarierten Chemiewaffen aus syrischen Beständen vernichtet wurden, als positiv zu bezeichnen.

1). Einen ersten Vorgeschmack darauf lieferte 2013 Ägypten bei der Vorbereitungskonferenz (für die NPT-Überprüfungskonferenz 2015), als das Land in der zweiten Woche die Treffen boykottierte.

Wie es der türkische Vertreter auf der Vorbereitungskonferenz 2013 zum Ausdruck brachte, zeigte sich die Türkei enttäuscht über die Nichtabhaltung der Konferenz. Er hielt fest, es sei “Turkey's sincere expectation that the Conference takes place at the earliest convenience, since this initiative can prove to be not only an important confidence building measure at this critical stage in the Middle East, but also a significant stimulus to the NPT Review Process” (TMFA 2013). Die Türkei sagte auch zu, den Fazilitator und sein Team weiterhin zu unterstützen.

Welche Rolle die Türkei in diesem Prozess spielen würde und ob das Konzept einer MVWFZ im Nahen Osten auch türkisches Territorium miteinschließt, stellte eine Fragestellung dar, die zumindest in akademischen Kreisen diskutiert wurde. Dies war Teil einer breiteren Fragestellung, wie denn der Nahe Osten geographisch abzugrenzen sei. Diese Frage der Grenzziehung konnte von Lajavaa und den drei Sponsoren mit dem Rückgriff auf ein früheres Dokument der IAEO aus dem Jahr 1989 geklärt werden. In diesem IAEO-Papier (GC (XXXIII)/887) mit dem Titel “A Technical Study on Different Modalities of the Application of Safeguards in the Middle East” wird festgehalten, dass

[t]he Secretariat could not trace any official definition of the Middle East as a region in United Nations documents or in resolutions adopted by the United Nations General Assembly. For the purpose of the present study the region has been taken as including the area extending from the Libyan Arab Jamahiriya in the west, to the Islamic Republic of Iran in the east, and from Syria in the north to the People's Democratic Republic of Yemen in the south. This selection carries no political significance and it is purely geographical.

Behandlung finden im dem Dokument die Länder Ägypten, Bahrain, der Iran, der Irak, Israel, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Oman, Katar, Saudi Arabien, Syrien, UAE, und der Jemen (IAEO 1989, 4-8), nicht aber die Türkei. Dies deckt sich mit dem türkischen Selbstverständnis, nicht Teil des Nahen Ostens zu sein. In unmittelbarer Nachbarschaft gelegen, würde sie natürlich von der Verwirklichung dieses Ziels direkt profitieren. Dementsprechend ist man mit Lajavaa in einem regen Austausch (Interview 2013). Sollte die Konferenz in irgendeiner Form auch außenstehenden Ländern geöffnet werden, zeigt sich die Türkei an einer Teilnahme sehr interessiert. In welcher Funktion (z.B.

ob als Fazilitator oder Beobachter) und in welchem Format¹³, wird im Endeffekt davon abhängen, auf welche Modalitäten sich die Länder der Region einigen (ebd.). Ob und wann es soweit sein wird, gilt abzuwarten.

Eine entscheidende Rolle spielen jedenfalls vor allem die israelische Haltung sowie die Lösung des Nukleardisputs mit dem Iran. Israel ist – wie zuvor erwähnt – das einzige Land in der Region, das keine Vertragspartei des NPT ist und über Nuklearwaffen verfügt, wenngleich es diese nie öffentlich deklariert hat und eine sog. Politik der Opazität verfolgt. Das Arsenal umfasst nach Schätzungen etwa 80 bis 85 Sprengköpfe, wobei u.a. Jericho-Raketen als Trägersysteme dienen (siehe Kristensen/Norris 2014, 105). Vereinfacht dargestellt, fordern die anderen Staaten der Region, dass Israel abrüstet, dem NPT beitrifft, und alle nuklearen Anlagen IAEO-Kontrollen unterstellt. Israel verfolgt auf der anderen Seite den Ansatz, dass zunächst Frieden gewährleistet und die bestehenden Konflikte gelöst werden müssen; die Errichtung einer MVWFZ kann somit am Ende eines solchen Prozesses stehen (siehe auch Ben Ami 2009).¹⁴

Die Türkei, deren Beziehungen mit Israel sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert haben, sieht im „sanften“ Umgang der westlichen Staaten mit dem Umstand, dass Israel Nuklearwaffen besitzt, eine Doppelmoral¹⁵ und übt, wie auch der ehemalige Staatspräsident Gül in seiner oben (in Teilen) zitierten Rede, auch öffentlich Kritik daran. „We believe that showing tolerance to de facto ownership of WMDs of some countries in the Middle East, which is going through a transformation process, entails an additional burden to the region which is already struggling against many problems“, hielt Gül damals fest. Ähnlich kritisierte sein Nachfolger im Amt, Recep Tayyip Erdoğan, noch in seiner früheren Funktion als Premierminister, dass internationale Institutionen und Einrichtungen sofort reagierten, sollte sich herausstellen, dass manche Staaten an chemischen oder nuklearen Waffen arbeiten, und sogar militärisch interveniert werde (siehe CNN Türk, 29. September 2011). Obwohl Israel seit Jahren im Besitze solcher Waffen sei, herrsche dazu Stillschweigen.

¹³ Es könnte z.B. eine Eröffnungstagung in einem erweiterten TeilnehmerInnenkreis stattfinden und die Länder der Region in den folgenden Sitzungen unter sich sein (Interview 2013). „Externe“ Akteure könnten auch für die gesamte Dauer der Konferenz Beobachterstatus genießen.

¹⁴ Auf der anderen Seite ist Ägypten der Chemiewaffenkonvention nicht beigetreten und macht eine nukleare Abrüstung Israels zur Vorbedingung (Fahmy 2009, 7).

¹⁵ Die Türkei muss sich aufgrund ihrer ambivalenten Haltung genauso der Kritik von Ländern im Nahen Osten stellen. So hält Kearns (2012, 22) fest, dass „[a]llmost all of Turkey’s neighbours, however, view its support for a WMD-Free Zone in the Middle East, positioned as a way of addressing the Iranian and Israeli nuclear issues, as hypocritical in the face of Turkey’s continued reliance on US extended nuclear deterrence guarantees and its continued active participation in NATO nuclear burden-sharing.“

Der Nukleardisput mit dem Iran

Als sich die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran nach der Regierungsübernahme der AKP deutlich verbesserten, die Türkei im Nukleardisput mit dem Iran zu vermitteln suchte und im UN-Sicherheitsrat im Juni 2010 gegen zusätzliche Sanktionen gegen den Iran votierte, war sie ihrerseits mit dem Vorwurf konfrontiert, eine zu sanfte Position gegenüber dem Iran einzunehmen und Bemühungen, um den Iran zum Einlenken zu bewegen, zu konterkarieren. Stein des Anstoßes war vor allem die *Tehran Declaration*, die die Türkei in Zusammenarbeit mit Brasilien mit dem Iran ausverhandelt hatte. Iran hatte sich hierin bereit erklärt, 1200 kg leicht angereichertes Uran (LEU) auszuführen und im Gegenzug von der Vienna Group (USA, Russland, Frankreich und die IEAO) innerhalb von einem Jahr 120 kg Brennstoff für den Forschungsreaktor in Teheran zu erhalten. In dieser Zeit (also für die Dauer eines Jahres) sollte das iranische LEU in der Türkei deponiert werden und im Falle einer Nichterfüllung der Lieferzusage zurück an den Iran ergehen. Dies sollte als eine vertrauensbildende Maßnahme (CBM) dienen und mehr Zeit für Verhandlungen schaffen. Diese Möglichkeit war vom Iran und den P5+1 (also den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland) bereits zuvor aufgegriffen und diskutiert worden. Eine Einigung auf den Zeitpunkt des Tauschs (*swap*) sowie den Lagerungsort des iranischen LEUs konnte jedoch nicht erzielt werden. Der Vorschlag, dass das LEU in der Türkei gelagert werden könnte, kam vom damaligen IAEA-Generaldirektor Mohammed El-Baradei (siehe dazu Akbulut 2011, 181-182). Nach türkischen Angaben hatte auch US-Präsident Obama die Türkei (und Brasilien) in einem Brief aufgefordert, auf den Iran einzuwirken und diesen zur Akzeptanz einer solchen vertrauensbildenden Maßnahme zu bewegen. Zu dem Zeitpunkt jedoch, als die *Tehran Declaration* unterschrieben wurde, hatten die USA bereits die Unterstützung Russlands und Chinas für weitere Sanktionen gegen den Iran gesichert. Sie bemängelten zudem, dass die *Tehran Declaration* keinen Anreicherungstopp vorsehe und der iranische Bestand an angereichertem Uran in der Zwischenzeit größer sei, womit die Ausfuhr von 1200 kg LEU nicht mehr ausreichten. Die US-Haltung sowie das türkische Nein bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über zusätzliche Sanktionen sorgten dementsprechend für Verstimmung zwischen Ankara und Washington.

Mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien war jedoch auch eine deutliche Abkühlung in den Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran zu beobachten. Die Stationierung einer Radaranlage im Rahmen des im Aufbau befindlichen NATO-Raketenschirms in der Türkei sowie der Umstand, dass sich das Verhältnis zwischen der Türkei und der Zentralregierung im Irak unter Nuri al-Maliki – der

Teherans Unterstützung genoss – bei einer gleichzeitigen Annäherung mit der kurdischen Regionalregierung zusehends verschlechterte, sollten die Beziehungen zusätzlich belasten.

Die Wahl von Hassan Rouhani zum neuen Präsidenten des Iran im Sommer 2013 brachte eine erste zumindest klimatische Verbesserung in den Beziehungen des Landes zur Türkei und zum Westen mit sich. Erste greifbare und bedeutende Fortschritte waren sodann im November 2013 im Nukleardisput zu verzeichnen. Am 11. November 2013 unterzeichneten der Iran und die IAEO die „Joint Statement on a Framework for Cooperation“, in der sie deklarierten, ihre Bemühungen zur Klärung aller offenen Fragen („outstanding issues“) im Hinblick auf Irans Nuklearprogramm fortzusetzen. Sie einigten sich in diesem Sinne auf einen ersten Katalog von sechs Maßnahmen.¹⁶ Am 24. November 2014 erfolgte auch ein Durchbruch in den Verhandlungen zwischen dem Iran und den P5+1. Die Verhandlungsparteien einigten sich auf ein Interimsabkommen zur Beilegung des Nukleardisputs. Im *Joint Plan of Action* (JPA) erklärte sich der Iran zur Umsetzungen von Maßnahmen bereit, die das Nuklearprogramm des Landes beschränken, in manchen Aspekten zurückwerfen, und mehr Transparenz gewährleisten sollten.¹⁷ Im Gegenzug sollten ein Teil der gegen den Iran verhängten Sanktionen ausgesetzt werden.¹⁸

Der JPA trat am 20. Januar 2014 in Kraft und sollte zunächst für sechs Monate gelten. In dieser Zeit sollten die Parteien ein umfassendes „finale“ Abkommen ausarbeiten. Von Bedeutung ist, dass eine solche umfassende Lösung “would involve a mutually defined enrichment programme with practical limits and transparency measures to ensure the peaceful nature of the programme” (JPA 2013). Es wurde also schriftlich festgehalten, dass der Iran, wenngleich mit gewissen Beschränkungen, auf eigenem Boden Urananreicherung betreiben wird, was für die iranische Seite unabdingbar war/ist. In den Verhandlungen muss somit eine Einigung auf “scope and level of enrichment activities, capacity,

¹⁶ Die IAEO hatte in einem im November 2011 veröffentlichten Bericht auf “mögliche militärische Dimensionen” des iranischen Nuklearprogramms (“possible military dimensions” im Original; siehe IAEO 2011) hingewiesen, darunter auf Arbeiten an Zündern, die auch in einem nuklearen Sprengkopf zum Einsatz kommen könnten, oder auch Bemühungen, um eine nukleare Ladung an einer Rakete anzubringen.

¹⁷ Iran sagte z.B. zu, in dieser Periode nicht auf 20% anzureichern, die Bestände an auf 20% angereichertem Uran zur Hälfte auf 5% abzureichern und zur anderen Hälfte in Uranoxid umzuwandeln, das in dieser Periode auf 5% angereicherte Uran genauso in Uranoxid umzuwandeln, keine wesentlichen Komponenten des Arak-Reaktors zu installieren und diesen nicht in Betrieb zu nehmen, keine neuen Anreicherungsanlagen zu bauen, täglichen Zugang zu den Anlagen in Natanz und Fordow zuzulassen sowie keine Wiederaufbereitungsanlagen zu bauen (JPA 2013).

¹⁸ Diese betrafen bzw. betreffen Sanktionen auf Geschäfte mit Gold und Edelmetallen, Petrochemikalien sowie Sanktionen auf den Automobilproduktionssektor. Darüber hinaus sollten \$ 4,2 Mrd. an auf ausländischen Konten befindlichen iranischen Geldreserven freigegeben und gewisse finanzielle Transaktionen zugelassen werden (JPA 2013).

where it is carried out, and stocks of enriched uranium, for a period to be agreed upon” erzielt werden (JPA 2013). Eine solche Einigung blieb jedoch bis 20. Juli 2014 aus. Deshalb wurde von der im JPA enthaltenen Option, die Gespräche zu verlängern, Gebrauch gemacht und den VerhandlerInnen zusätzliche Zeit bis 24. November 2014 eingeräumt. Die wichtigsten Fragen, die zu klären sein werden, sind also, in welchem Umfang Iran anreichern kann und wie lange die Beschränkungen und zusätzlichen Verifikations- und Beobachtungsmaßnahmen aufrecht bleiben werden, bevor Irans “nuclear programme will be treated in the same manner as that of any non-nuclear weapon state to the NPT” (JPA 2013). Aber auch Divergenzen im Hinblick auf den noch nicht fertiggestellten Schwerwasserreaktor in Arak sowie die Frage von Trägersystemen, also Irans Raketenprogramm, stellen laut Medienberichten einen wesentlichen Streitpunkt dar. Genauso zu klären wird sein, wie denn zu verfahren sein wird, sollte die IAEO im Rahmen der Aufarbeitung der früheren Aktivitäten des Irans tatsächlich Beweise für ein Waffenprogramm finden.¹⁹ Darüber hinaus herrscht Uneinigkeit darüber, in welchem Tempo die Aufhebung der gegen den Iran verhängten Sanktionen im Falle einer Einigung in den anderen Punkten erfolgen sollte (Reuters, 29. September 2014).

Wenngleich der Ausgang der Gespräche zwischen dem P5+1 und dem Iran offen bleibt und die IAEO einerseits weiterhin bestätigt, dass das deklarierte Material an deklarierten Einrichtungen weiterhin für zivile Zwecke genutzt werde, während sie sich nicht in der Lage sähe, „to provide credible assurance about the absence of undeclared nuclear material and activities in Iran, and therefore to conclude that all nuclear material in Iran is in peaceful activities“ (IAEA 2014, 14), liegt auf der Hand, dass mit dem JPA und der „Joint Statement on a Framework for Cooperation“ nach langer Zeit eine wesentliche Entspannung im Nukleardisput und allgemein in den Beziehungen mit dem Iran erreicht wurde. Es bleibt zu hoffen, dass die beteiligten Parteien angesichts des erreichten Fortschritts kreative Formeln finden werden, um diese positive Atmosphäre und den Dialog auch nach dem 24.

¹⁹ Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass sich der Iran und die IAEO nach der Einigung auf die oben angesprochenen Maßnahmen in zwei separaten Schritten auf je sieben und fünf zusätzliche Maßnahmen geeinigt haben. Eine Maßnahme bezog sich auf ein Zündsystem (*Exploding Bridge Wire* detonator), welches auch beim Bau von nuklearen Sprengköpfen herangezogen werden kann, und sah vor, dass der Iran Informationen zur Verfügung stellt und erklärt, für welchen Zweck das Land diese Systeme braucht oder einsetzt (IAEO 2014, 16). Hier scheint eine erste Klärung erfolgt zu sein: „In relation to EBW detonators, the Director General noted that Iran had provided information and explanations to the Agency on Iran’s decision in early 2000 to develop safe detonators. He noted that Iran had also provided information and explanations to the Agency on Iran’s work after 2007 related to the application of EBW detonators in the oil and gas industry which was not inconsistent with specialized industry practices. The Director General further noted that the Agency would need to consider all past outstanding issues, including EBW detonators, integrating all of them in a ‘system’ and assessing the “system” as a whole” (IAEO 2014, 4).

November 2014 aufrecht zu erhalten, sollte die Ausarbeitung eines Abkommens bis dahin nicht gelingen.²⁰

Nachdem die Türkei weder mit einem Iran mit Nuklearwaffen noch mit einer zusätzlichen militärischen Auseinandersetzung in ihrer Nachbarschaft konfrontiert sein will, ist ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen auch für Ankara mehr als wünschenswert; vor allem wenn man bedenkt, dass das Land ein großes Interesse am Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem Iran zeigt, wobei der Iran schon jetzt der zweitwichtigste Gaslieferant des Landes ist. Kirişci und Keane (2014) sehen in diesem Rahmen genauso ein großes Potential für die Türkei und halten fest, dass „Turkish construction companies, financial institutions, and manufacturers all have seen their interests in Iran undermined by sanctions“. Sie führen zugleich die Aussagen eines Unternehmers an, wonach „an end to the sanctions regime could open the way for exports of Turkish goods and services to Iran worth more than \$ 90 billion in the medium term“ (ebd.).²¹

Von Bedeutung für die Türkei war und ist auch, dass das im NPT verbrieftete Recht Irans auf die Nutzung der nuklearen Technologien für friedliche Zwecke mit gewissen temporären Beschränkungen im JPA seinen Niederschlag gefunden hat. Wie oben festgehalten, will die Türkei diese Rechte – solange die Verpflichtungen auf dem NPT genauso erfüllt werden – unangetastet wissen. Schließlich steht das Land am Anfang seines Nuklearprogramms und möchte nicht, dass Optionen für die Zukunft bereits jetzt versperrt werden, weil an grundlegenden Prinzipien gerüttelt wird. Die Türkei möchte also die Option einer eigenen Brennstoffproduktion für KKWs offenhalten, ohne derzeit die Kapazitäten oder konkrete Pläne hierfür zu haben (Interview 2013).

²⁰ Laut Medienberichten wurden beim letzten Treffen zwischen dem Iran und den P5+1 Ende September 2014 kaum Fortschritte erzielt (siehe Reuters, 29. September 2014). Einer MitarbeiterIn des US-Außenministeriums zufolge existieren weiterhin ernste Divergenzen. „We do not have an understanding on all major issues, we have some understandings that are helpful to move this process forward and we have an enormous number of details still to work through,“ hielt diese/r gegenüber Reportern fest (Reuters, 29. September 2014).

²¹ Kirişci und Keane verweisen gleichzeitig darauf, dass eine Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran und die Normalisierung der Beziehungen mit dem Westen das Land zu Lasten der Türkei politisch und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger machen könnte. Eine Lösung des Nukleardisputs, halten sie fest, „could signal the ascendance of Iran as a major rival for regional power and global influence likely to challenge Turkey’s strategic advantages“ (Kirişci/Keane 2014). Hier wird davon ausgegangen, dass ein Scheitern der Atomverhandlungen mit dem Iran und eine Beibehaltung des Sanktionsregimes aus türkischer Perspektive dennoch keinen wünschenswerten Ausgang darstellen dürften.

Conclusio

In diesem Papier wurde gezeigt, dass die Türkei (wie viele andere Länder auch) eine ambivalente Haltung in nuklearen Fragen an den Tag legt. Einerseits setzt sich das Land für nukleare Abrüstung ein und spricht sich dezidiert gegen die Produktion und den Einsatz von MVW aller Art aus. Andererseits setzt es seit Dekaden auf das nukleare Abschreckungsdispositiv der NATO, einer Allianz, die einen Ersteinsatz von Nuklearwaffen nicht ausschließt und verkündet, an diesen Waffen und an der nuklearen Abschreckung solange festzuhalten, solange es diese Waffen gibt. Unilaterale Abrüstungsschritte werden abgelehnt und in erster Linie von reziproken Maßnahmen Russlands abhängig gemacht. Diese Linie verfolgt auch die Türkei und hält vorerst an der nuklearen Teilhabe fest. Solange die Bedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt nicht geschaffen und andere Länder im Besitze von Nuklearwaffen seien, könne die Sicherheit des Landes nicht in Form eines sofortigen Verzichts auf die nukleare Abschreckung auf Spiel gesetzt werden, lautet die diesen Ambivalenzen zugrundeliegende Logik. Vor diesem Hintergrund zählt die Türkei zu den fünf NATO-Staaten²², auf deren Territorium weiterhin Nuklearwaffen aus dem US-Arsenal lagern. Über Flugzeuge, die für Einsätze mit Nuklearwaffen lizenziert sind, verfügt das Land jedoch nicht. Trotz des Bekenntnisses zur nuklearen Abrüstung und zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt, wird ein Abzug dieser Waffen (zumindest vorerst) nicht angestrebt. Jedoch wird Bereitschaft signalisiert, einer Entscheidung im Rahmen der Allianz im Sinne einer Rückführung dieser Waffen gegebenenfalls nicht im Wege zu stehen.

Die Sicherheitsgarantien der NATO inklusive der nuklearen Komponente würden selbstverständlich an Bedeutung gewinnen, sollte der östliche Nachbar, der Iran, tatsächlich Nuklearwaffen bauen. Während das Projekt, eine MVWFZ im Nahen Osten zu etablieren, im besten Falle langfristig umgesetzt werden kann, begründen die oben resümierten Entwicklungen im Nukleardisput mit dem Iran einen gewissen Optimismus. Das Szenario eines nuklearbewaffneten Irans könnte also lediglich ein Szenario bleiben. Ankara gibt jedenfalls an, mit der NATO für alle Eventualitäten gut gerüstet zu sein, wenngleich das Land natürlich kein Interesse daran hat, dass noch mehr Länder in der Region in den Besitz von MVW gelangen.

Nicht allein die Fortführung der Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Nukleardisputs mit dem Iran, sondern auch der Umstand, dass Anreicherung auf iranischem Boden ein Teil dieser Lösung

²² Die anderen NATO-Länder sind Belgien, Deutschland, Italien und die Niederlande.

sein wird, sind aus türkischer Perspektive bedeutende Entwicklungen. Schließlich lehnt das Land grundsätzlich eine Beschneidung der Rechte auf eine friedliche Nutzung der nuklearen Technologien ab, wenngleich mit dem Verweis, dass auch das Gebot der Nonproliferation entsprechend zu berücksichtigen sei. In diesem Sinne setzt sich das Land auch für eine Stärkung des Nonproliferationsregimes ein und fordert u.a., das Zusatzprotokoll als Verifikationsstandard zu etablieren.

Kehrt man zu der Rede von Abdullah Gül zurück, so lässt sich also eine Diskrepanz zwischen Rhetorik und tatsächlichem Verhalten feststellen. Nukleare Abschreckung und die Nuklearwaffenarsenale der Allianzpartner waren für die Türkei zu keinem Zeitpunkt „nutzlos“. Sie erfüllten und erfüllen weiterhin einen politischen und militärischen Zweck. Unter den heute gegebenen Voraussetzungen und Vorzeichen, erscheinen sie weiterhin als wertvoll und vorerst unverzichtbar.

Literatur

Akbulut, Hakan (2011): The Regional Implications of a Nuclear Armed Iran – The Turkish Matrix. In: Gärtner, Heinz (Hg.): Obama and the Bomb – The Vision of a World free of Nuclear Weapons, Wien: Peter Lang, S. 177-200.

Bahgat, Gawdat G. (2008): Nuclear Arms Race in the Middle East: A Myth or Reality? In: Orient, I/2008, S. 4-10.

Ben Ami, Shlomo (2009): Nuclear Weapons in the Middle East: The Israeli Perspective, http://www.icnnd.org/Documents/Ben_Ami_Paper.pdf [Zugriff: 04. August 2010].

Binnendijk, Hans, Catherine Kelleher McArdle (2011): NATO Reassurance and Nuclear Reductions: Creating the Conditions, 17. November 2011, <http://www.nti.org/analysis/articles/nato-reassurance-and-nuclear-reductions-creating-conditions> [Zugriff: 10. Februar 2012].

Bowman, Bradley L. (2008): Chain Reaction: Avoiding a Nuclear Arms Race in the Middle East, http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=110_cong_senate_committee_prints&docid=f:39674.pdf [Zugriff: 16 July 2010].

Cook, Steven A. (2012): Don't Fear a Nuclear Arms Race in the Middle East. In: Foreign Policy, 2. April 2012, http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/04/02/don_t_fear_a_nuclear_arms_race [Zugriff: 20. September 2014].

Fahmy, Nabil (2009): The Middle East Nuclear Paradigm and Prospects, August 2009, http://www.icnnd.org/Documents/Fahmy_ME_Paper_10August2009121_%283%29.pdf [Zugriff: 04. August 2010].

IAEO (1989): Modalities of Application of Agency Safeguards In The Middle East, GC (XXXIII)/887, 29. August 1989, http://www.iaea.org/About/Policy/GC/GC33/GC33Documents/English/gc33-887_en.pdf [Zugriff: 27. Juli 2014].

IAEO (2011): Implementation of the NPT Safeguards Agreement and relevant provisions of Security Council resolutions in the Islamic Republic of Iran, Report by the Director General, GOV/2011/65, 8. November 2011, <http://www.iaea.org/Publications/Documents/Board/2011/gov2011-65.pdf> [Zugriff: 24. März 2014].

IAEO (2013): IAEA Reviews Turkey's Progress in Nuclear Power Development, 04. Dezember 2013, <http://www.iaea.org/newscenter/news/2013/turkeynpd.html> [Zugriff: 10. September 2014].

IAEO (2014): Implementation of the NPT Safeguards Agreement and relevant provisions of Security Council resolutions in the Islamic Republic of Iran, Report by the Director General, GOV/2014/43, 5. September 2014, <http://www.iaea.org/Publications/Documents/Board/2014/gov2014-43.pdf> [Zugriff: 21. September 2014].

Interview 2013: Interview mit einer/m Mitarbeiter/in des türkischen Außenministeriums, Ankara, Juni 2013.

JPA [Joint Plan of Action] (2013), http://eeas.europa.eu/statements/docs/2013/131124_03_en.pdf [Zugriff: 19. Mai 2014].

Kearns, Ian (2012): Turkey, NATO and Nuclear Weapons, RUSI/ELN Occasional Paper, January 2013, https://www.rusi.org/downloads/assets/OP_201201_Turkey,_NATO_and_Nuclear_Weapons.pdf [Zugriff: 04. April 2014].

Khalil, Ayman (2013): Ridding the Middle East of Weapons of Mass Destruction: A Jordanian Perspective on Untapped Options. In: Foradori, Paulo; Malin, Martin B. (Hg.): A WMD-Free Zone in the Middle East: Regional Perspectives, Cambridge, November 2013, http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/dp_2013-09.pdf [Zugriff: 20. September 2014].

Kibaroglu, Mustafa (2005): Isn't it Time to Say Farewell to Nukes in Turkey?, <http://www.mustafakibaroglu.com/sitebuildercontent/sitebuilderfiles/Kibaroglu-EuropeanSecurity-USnukesTurkey-December2005.pdf> [Zugriff: 16. Juli 2010].

Kibaroglu, Mustafa (2014): Between Allies and Rivals: Turkey, Nuclear Weapons, and BMD, Ifri Proliferation Papers 49, <https://www.google.at/webhp?sourceid=chrome->

[instant&ion=1&espv=2&ie=UTF-8#q=between%20allies%20and%20rivals%20kibaroglu](#) [Zugriff: 03. September 2014].

Kirişci, Kemal; Keane, Rob (2014): Is a Deal with Iran Bad for Turkey? In: The National Interest, 21. Januar 2014, <http://nationalinterest.org/commentary/deal-iran-bad-turkey-9740> [Zugriff: 30. Juli 2014].

Kristensen, Hans M.; Norris, Robert S. (2014): Worldwide Deployments of Nuclear Weapons, 2014. In: Bulletin of Atomic Scientists, Jg. 70, Nr. 5, S. 96-108.

Malin, Martin B.; Miller, Steven E. (2013): Introduction: A WMD-Free Zone in the Middle East, From the Outside Looking In. In: Foradori, Paulo; Malin, Martin B. (Hg.): A WMD-Free Zone in the Middle East: Regional Perspectives, Cambridge, November 2013, http://belfercenter.ksg.harvard.edu/files/dp_2013-09.pdf [Zugriff: 20. September 2014].

Mukhatzhanova, Gaukhar (2014): Implementation of the Conclusions and Recommendations for Follow-On Actions Adopted at the 2010 NPT Review Conference. Disarmament Actions 1-22, 2014 Monitoring Report, Monterey: CNS.

Müller, Harald (2008): Nukleare Weiterverbreitung im Nahen und Mittleren Osten – Im Auge des Sturms? In: Orient, I/2008, S. 19-27.

NATO (2012): Deterrence and Defence Posture Review, 20. Mai 2012, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_87597.htm?mode=pressrelease [Zugriff: 25. Mai 2012].

Norris, Robert S.; Kristensen, Hans M. (2011): US Tactical Nuclear Weapons in Europe, 2011. In: Bulletin of Atomic Scientists, Jg. 67, Nr. 1, S. 64-73.

NPDI (2010): Joint Statement by Foreign Ministers on nuclear disarmament and non-proliferation, New York, 22. September 2010, <http://www.dfat.gov.au/security/npdi-meeting-20100922.html> [Zugriff: 18. September 2014].

OPCW – UN Joint Mission (2014): Ninety-six percent of Syria's declared chemical weapons destroyed – UN-OPCW mission chief, 4. September 2014,
<http://opcw.unmissions.org/AboutOPCWUNJointMission/tabid/54/ctl/Details/mid/651/ItemID/341/Default.aspx> [Zugriff: 25. September 2014].

Presidency of Turkey [Presidency of the Republic of Turkey]: H.E. President Abdullah Gül's Address at the Pugwash Conference, 01. November 2013, <http://www.tccb.gov.tr/speeches-statements/344/87570/he-president-abdullah-guls-addreb-at-the-pugwash-conference.html> [Zugriff: 22. September 2014].

Seay, Edmond (2012): NATO's Incredible Nuclear Strategy: Why U.S. Weapons in Europe Deter No One, Arms Control Today, 41, http://www.armscontrol.org/act/2011_11/NATO_Incredible_Nuclear_Strategy_Why_US_Weapons_in_Europe_Deter_No_One [Zugriff: 25. Mai 2012].

Seay, Edmond (2013): Countdown to Chaos? Timelines and Implications of Procurement Decisions for NATO's Dual Capable Aircraft, Nuclear Policy Paper, No. 14, Juli 2013, http://www.basicint.org/sites/default/files/nuclear_policy_paper_no_14_final.pdf [Zugriff: 17. September 2014].

Seay, Ted (2012): Escalation by Default? The Future of NATO Nuclear Weapons in Europe, NATO Policy Brief, No. 2, Mai 2012, <http://www.europeanleadershipnetwork.org/medialibrary/2012/05/10/e074ba2d/ELN%20NATO%20Policy%20Brief%20%20-%20Escalation%20by%20Default.pdf> [Zugriff: 09. September 2014].

Sokolski, Henry/ Patrick, Clawson (2005): Getting Ready for a Nuclear-Ready Iran, <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/pub629.pdf> [Zugriff: 15. Juli 2010].

Sokov, Nikolai; Pomper, Miles A. (2014): NATO's Post-Ukraine Nuclear Policy: Wales Is the Beginning of a Process, Not the Decision Point. In: The National Interest, 04. September 2014, <http://nationalinterest.org/feature/nato%E2%80%99s-post-ukraine-nuclear-policy-wales-the-beginning-11193> [Zugriff: 08. September 2014].

TMFA [Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Turkey] (2013): Statement by Turkey at the Second PrepCom of the 2015 NPT RevCon (Geneva, 22 April- 3 May 2013), http://www.reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/npt/prepcom13/statements/22April_Turkey.pdf [Zugriff: 30. Juni 2014].

Ülgen, Sinan (2013): Türkiye'nin Nükleer Silahlanmaya Bakışı, 06. Juni 2013, http://www.bilgesam.org/incele/609/-turkiye'nin-nukleer-silahlanmaya-bakisi-/#.VCbjsWd_t1I [Zugriff: 04. September 2014].

UNO (1995): Resolution on the Middle East, NPT/CONF.1995/32 (Part I), Annex, http://www.un.org/disarmament/WMD/Nuclear/1995-NPT/pdf/Resolution_MiddleEast.pdf [Zugriff: 27. Mai 2014].

UNO (2010): 2010 Review Conference of the Parties to the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Final Document, NPT/CONF.2010/50 (Vol. I), New York, 18 June, http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=NPT/CONF.2010/50%20%28VOL.I%29 [Zugriff: 26. Mai 2014].

UNRIC [Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa] (2013): UN-Bericht bestätigt Chemiewaffeneinsatz in Syrien, 17. September 2013, <http://www.unric.org/de/uno-schlagzeilen/27123-un-bericht-bestaetigt-chemiewaffeneinsatz-in-syrien> [Zugriff: 25. September 2014].

White House, The (2009): Remarks by President Barack Obama. Prague, Czech Republic. 5. April 2014, http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-By-President-Barack-Obama-In-Prague-As-Delivered [Zugriff: 01-09-12].

Zeitungen (online) und Nachrichtenportale

Albuquerque Journal, <http://www.abqjournal.com/>

CNN Türk, <http://www.cnnturk.com>

Global Security Newswire, <http://www.nti.org/gsn/>

HDN [Hürriyet Daily News], <http://www.hurriyetdailynews.com>

National Interest, The, <http://nationalinterest.org/>

Reuters, <http://www.reuters.com>